

Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnberg
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen“ und „Der Gemeinnütze“.

Anzeigen werden spätestens bis 3 Uhr
nachm. in Arnberg, größere in Ebneth
früh erbeten. Die hochgehaltene Beilage
über deren Raum kostet 20 Pf.
Beilagen in Leipzig bis zum 30. 1918.

Verleger:
Arnberg Nr. 44
Berl. Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnberg, Forst, Lippstadt, Meschede, Prilon, Olpe,
Altena, Herford und Hamm.

Verlagsort: Köln Nr. 33 446.

Telegr.-Adress:
Pöpperling.

Nr. 273.

Arnberg und Berl. Montag den 25. November 1918.

63. Jahrgang

Ein Massenmord.

Die Vorkämpfer der Entente-Mächte haben während der vier
verflochtenen Kriegsjahre keine Gelegenheit vorübergehen lassen,
zu betonen, daß es ihr letztes Ziel ist, das deutsche Volk in
des Wortes wörtlichster Bedeutung zu vernichten, um für im-
mer seinen gefährlichen wirtschaftlichen Wettbewerb und die
Energie zur Höhe durcharbeitende Nation zu erblickende Bedro-
hung für die übrigen Mächte ein für alle Mal zu beseitigen.
Wenn die abgrundtiefe Bosheit und Grausamkeit, mit der die
Ententebrüder diese ihre teuflische Absicht erörterten und ver-
folgten, bis vor kurzem den deutschen Völkern noch nicht zu über-
zeugen vermochten und lediglich ein ungländiges Kopfschütteln
bei ihm hervorriefen, dann muß das starre Festhalten unserer
Feinde an den mörderischen Waffenstillstandsbedingungen doch
am endlich auch den vertrauensseligsten Tölpel eines anderen
belehren. So tritt der Schlächter auf seinem Opfer, um mit
faulem Blute und wollüstiger Bier dem Entzinnen des warmen
Lebensstroms zuzuschauen und es in Fluß zu halten. Wenn es
bis vor kurzem bei uns Vertrauensseligkeit gab, die da erwartete,
daß die Entente brabattiere, uns die Möglichkeit zu be-
lassen, als Nation auch nur einigermaßen erträglich weiter zu
bestehen, dann müssen ihnen die Ereignisse der letzten Tage doch
endgültig diesen Wahn nehmen. Die bündige Weigerung des
französischen Generalissimus, die schmerzlichen, geradezu unausführ-
baren Waffenstillstandsbedingungen auch nur einigermaßen zu
mildern, wird Folgen haben, die der Vorkämpfer der ständigen
Waffenstillstandskommission General von Winterfeldt in seinem
Protest folgendermaßen schildert:

„Nachdem eine Verringerung der praktisch völlig unumkehrbaren
Bedingungen abgelehnt wurde. . . kann nur angenommen wer-
den, daß es die Absicht des Oberkomman-
dos der Alliierten ist, noch während des Waffen-
stillstandes das Meer völlig aufzulösen und
zu vernichten, das während 50 Monaten gegen über-
mächtige Gegner unermüdet standhielt und dessen Front bei der Ein-
stellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von
tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vater-
land gekämpft haben, werden infolge der aufgezogenen Gewalt-
märsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder
noch kurz vor dem Erreichen der Heimat in Gefangenschaft gera-
ten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein der-
artiges Ergebnis dem Sinne eines Waffenstillstandes entspricht,
der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindselig-
keiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der
Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Er-
zwingung unmenschlicher Bedingungen die nutzlose Fortsetzung

auf dem See- und Donauwege große Mengen von Getreide und Öl
heranzuführen zu können. Dies alles ist mit einem Schläge
zusammengebrochen. Aber auch die einheimische Ernte
ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hat, namentlich bei
den Kartoffeln. Dazu kommen die letzten kriegerischen Ereignisse,
die das rollende Material fast in Anspruch nahmen und dadurch
die Winterniederung der großen industriellen Zentren mit Kar-
toffeln in starken Mangel brachte. Mit dem
Nagelbiss des Waffenstillstandes haben auch alle Kriegsgefangenen,
auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen
beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen
von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblie-
ben und bei dem unerbittlich streifenden Frostwetter dem Ver-
derben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand jetzt
von Monat zu Monat eine geringere Ertragsleistung von Schlachtwild
und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit zwei Jahren mußte
in den Viehbestand eingegriffen werden, um auch nur die ungenü-
gende Fleischration aufrechtzuerhalten. Dabei konnten selbst die
Milchkühe nicht verschont werden, woraus sich für die Kindererzäh-
rung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch
wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die ent-
setzlichsten Folgen ergeben müßten. Durch den auf
Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen
Nährstoff- und Viehtransport des Meeres ist eine ordnungsmäßige
Verwaltung des Proviantes und der restlosen Zuführung in die Hei-
mat unmöglich geworden. Verschärft wird dies durch die auf-
gezwungene überhäufte Abgabe der Transportmittel, wodurch Störun-
gen im Verkehr mit den Lagern, Mühlen, Nahrungsmittelabriken,
Verteilungswegen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, fer-
ner dadurch, daß in manchen Gegenden die örtlichen Verwaltungen die
Versorgung ihres Wirkungsbereiches den berechtigten Ansprüchen der Ge-
samtheit voranstellen, sodas bedeutende Mengen von Vorräten vor-
zeitig und planwidrig dem unregelmäßigen Gebrauch zugewidmet werden.
Durch alle diese Ereignisse ist eine Lage entstanden, bei der nur
die schleunigste Heranzuführung von aus-
ländischen Nahrungsmitteln das deutsche
Volk vor Hungersnot bewahren kann, selbst
wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage für
die Nahrungsergänzung oder entbehrlichen Feldfrüchte und zur genaueren Zune-
haltung der kriegswirtschaftlichen Verbindungen bereit ist. Obwohl
der Zentralverwaltungsapparat völlig ungestört funktioniert, steht doch
infolge des Mangels an Nahrungs- und Transportmitteln der Zu-
sammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt,
das große Versorgungsdefizit durch ein rechtzeitiges Einsetzen der
in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktion und einer unmittel-
bar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß
die ausländische Zufuhr die inländischen Vorräte genügend ergänzt.“

terland so notwendigen Burgfrieden dienen. Schwer ist es, dem Rech-
nung zu tragen angesichts der neuen preussischen
Regierung, die als neue Aufgaben u. a. hervorhebt: „Einheitschule,
Beseitigung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung
von Staat und Kirche. Nach Zeitungsberichten soll sogar beab-
sichtigt sein, vom 1. April 1919 an die staatlichen Zuschüsse für die
christlichen Kirchen einzubehalten und das Vermögen zu säkularisie-
ren.“ Redner sagte, er könne es noch nicht glauben, daß man
einen derartigen Schritt tun werde, ohne daß eine Vertretung des
Volkes, zu dem auch die preussischen Katholiken gehören, diese An-
gelegenheit beraten habe. „Den Zusammenbruch unseres Vaterlandes
verträgt der gläubige Teil unseres Volkes nur in dem erhebenden
Ausblick auf Gott. Wehe dem, der unser gläubig-
es Volk — Katholiken wie Evangelische
— darin irgendwie stören will! Für die
Leute, die dafür kein Verständnis haben, füge ich noch ein ande-
res hinzu: Die Folgen des Krieges werden dem Vermögen und dem
Einkommen des katholischen Volksteiles große Lasten auferlegen.
Glaubt man denn, uns dazu noch einen großen Teil der Unterhal-
tung unseres Kirchenwesens aufpacken zu können? Denn wir wollen
unsere Geistlichen und Ordensleute nicht
entbehren, die wir dann in weitem Maße vor Hunger schützen müs-
sen, auch dann, wenn wir, verarmt, das Letzte hergeben müßten,
was wir haben. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit für uns
die Aufrechterhaltung einer christlichen Volksschule.
Wir verwerfen eine Trennung von Kirche
und Staat, welche die freie Religionsübung auch nur ir-
gendwie beeinträchtigt. Jedenfalls verlangen wir auch schon darum
die baldige Wahl einer Volksvertretung. In keinem
Falle dürfen wir verzagen.“ Der Redner erinnert an die trübenden
Worte, die von der mächtigen Kruppe der Peterskirche auf goldenem
Grunde uns emporleuchteten: „Die Pforten der Hölle werden sie
nicht überwinden.“ „Also verlieren wir nicht den Mut und scha-
ren wir uns noch tüchtiger als früher zusammen unter dem alte-
währigen Wahlspruch: Mit Gott für Wahrheit, Frei-
heit und Recht!“

Revolution in Deutschland.

Protest gegen die Trennung von Kirche und Staat.
Der Erzbischof von Köln, Cardinal v. Hartmann, hat an
die preussische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gericht-
et:
Wie mir zuverlässig mitgeteilt wird, beabsichtigt die gegenwärtige
Regierung bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung
die Trennung von Staat und Kirche zum 1. April 1919 einzuführen.
Hiergegen lege ich namens der sämtlichen Bischöfe Preussens
feierlich Verwahrung ein, weil die geplante Maß-
nahme ein flagrantes Rechtsbruch ist. Denn

Auf zum Kampf für Kirche u. Schule!

1. ist die gegenwärtige Regierung nur eine vorläufige, die höch-
stens befugt ist, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ord-
nung die erforderlichen Anordnungen zu treffen — nicht aber
kann sie als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze
aufzuheben
2. Durch die geplante Trennung wird nicht nur eine ganze Reihe
geltender Gesetze, sondern auch die Verfassungsurkunde verletzt.
3. Durch die Trennung wird die katholische Kirche zahlreicher wohl-
erworbener Rechte beraubt, die ihr gesetzlich zugesichert sind auf
Grund von rechtsverbindlichen Verträgen und auf Grund der
Erfahrung für Güter, die ihr durch die staatliche Gewalt ge-
nommen sind.
4. Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer
Kloster Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu voll-
ziehen, so ist das keine gesetzliche Maßnahme, sondern ein Akt
unrechtmäßiger Gewalt.

Das Schicksal der Fürsten.

* Genf, 23. Nov. Die Pariser Presse fordert die Auslieferung
Kaiser Wilhelms aus Holland. Wenn die Ausliefe-
rung nicht verlangt werden könne, müsse der Kaiser eben ausgetrie-
sen werden. Clemenceau verlangte vom Delfin der juristischen
Pariser Fakultät ein Gutachten über die Auslieferung Kaiser Wilhelms.
* Haag, 22. Nov. Der frühere deutsche
Kronprinz ist, wie die Niederländische Telegraphenagentur
erfährt, heute auf der Zwißerschen Insel, die ihm als vor-
läufiger Aufenthalt angewiesen wurde, gelandet. Er begab sich mit
seinem Begleiter und einem Hof-Offizier nach dem kleinen Ort
Dorland, wo er das Haus des Dorfpredigers bewohnen wird. Der
Empfang durch die Bevölkerung der Insel war kühl und feindselig.

Rückkehr der Truppen.

* Münster, 22. Nov. Der Generaloberstentrat sieben
Armeekorps und das stellvertretende Generalkommando machen
darauf aufmerksam, daß die aus dem Felde heimkehrenden
Frontformationen noch mobil sind und deren Angehörigen des-
halb Waffen und Ausrüstung zu belassen sind. Die Abgabe und
Sammelung der Waffen regelt der Soldatenrat des mobilen
Truppenteils selbst. Ueber die Angehörigkeit zu mobilen For-
mationen gibt das Feldbuch Aufschluß.

Unmöglich!

* Berlin, 22. Nov. Generalfeldmarschall von Schin-
benburg telegraphiert aus dem Großen Hauptquartier
Schloß Wilhelmshöhe, 22. Nov. 1918.
An die Regierung!
Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der
französischen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französi-
schen, durchaus ablehnend ist und daß es nicht ausgeschlossen ist,
daß die Franzosen sich Rechtsgründe für eine Wieder-

Schüzet eure höchsten Güter!

der Feindseligkeiten in besonders unerbit-
licher, un menschlicher Form darstellt. Daß
durch die schonungslose Auslieferung der harten Waffenstillstands-
bedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und
Kindern von Anarchie und Hungers-
not bedroht wird, ist zu wiederholten Malen mit größ-
tem Nachdruck hervorgehoben worden.“

Noch viel deutlicher spricht es eine Berliner Zeitschrift an
die Köln. Ztg. aus, was dem deutschen Volke bevorsteht. Unter
der Überschrift „Am Abend“ heißt es da u. a.:

„Die Stunde ist gekommen, da ganz rückhaltlos gesagt wer-
den muß, daß die nächsten Wochen über Erhaltung oder
Vernichtung Deutschlands und des deut-
schen Volkes entscheiden werden. Wir kämpfen nicht
mehr gegen unsere bisherigen Feinde, aber sie kämpfen gegen uns
mit einem Waffenstillstand, der nichts anderes ist als eine Fort-
setzung des Krieges mit allen furchtbarsten Mitteln. Unnachsig-
tig bestehen sie auf den Bedingungen, deren geordnete Durchfüh-
rung bis zum Ende aber ganz unmöglich ist. . . .“

Nahrungsnot, Kohlennot, Zusam-
menbruch der Verkehrsmittel und damit
Auflösung aller Ordnung in Anarchie, das
ist die unmittelbare Gefahr, die der Druck der
Waffenstillstandsbedingungen in allernächster Nähe rückt und die
Deutschland in eine Hölle verwandelt wird, wenn draußen der
verblendete Wunsch siegt, aus unserm Zusammenbruch Gewinn zu
ziehen. . . .“

Deutschlands Schicksal und Europas
Ordnung hängen davon ab, daß der Verband sich über-
zeugt, daß die deutsche Regierung und die deutsche Presse die
Lage in Deutschland in ihrem ganzen furcht-
baren Ernst wahrheitsgemäß schildern.“
Aber selbst diese Darstellung der kritischen Situation, in die
uns die starrköpfige Regierung der Entente, die auf unsere
Vernichtung hinauslaufenden Waffenstillstandsbedingungen beson-
ders die Bestimmung der Aufrechterhaltung der Blockade zu
milde, versteht hat, zeigt uns noch nicht die ganze Größe der
Gefahr und die abgrundtiefe teuflische Bosheit unserer Feinde.
Diese läßt uns erst so recht folgende Mitteilung des Staats-
sekretärs des Kriegsversorgungsamtes Würm an das Volkische
Tel. Büro erkennen:

„In der auswärtigen Presse hat es vielfach Befremden erregt,
daß Deutschland vor der Hungersnot ste-
hen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versor-
gung Deutschlands mit Nahrungsmitteln sei bis zum Schluß des
Krieges gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungs-
mittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden.
Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlage. In den
von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren und versorgt
1 500 000 Menschen und 300 000 Pferde untergebracht und versorgt.
Die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine, dem Don- und Kuban-
gebiet versprochen nach Ansicht der damaligen Machthaber reichliche
Zufuhr von Getreide und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man

Das Zentrum und die neue Zeit

* Breslau, 21. Nov.
Am Mittwoch nachmittag fand in Breslau eine große Ka-
tholikenversammlung statt, auf der Geheimrat Dr. Pösch eine
bedeutungsvolle Ansprache hielt und Forderungen für die Ge-
genwart und Zukunft aufstellte. Er führte aus:

„Die Gegenwart verlangt auch von uns Katholiken, daß wir
uns politisch voll und ganz auf den Boden der gegebenen Tatsachen
stellen und die herrschende Gewalt als solche anerkennen. Ruhe und
Ordnung im Vaterlande aufrecht zu erhalten, ist in erster Reihe not-
wendig, und darum müssen auch wir alle bereit sein, zu helfen, wo
wir nur können. Wir verlangen die unverzüglichen, unter
allen nur möglichen Garantien vorzunehmenden Wahlen
zur Nationalversammlung Deutschlands und
zur Volksvertretung für Preußen. Die Diktatur irgendwelcher
Klassen weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück und erwarten,
daß eine Gesetzgebung, die in die Grundlagen unseres staatlichen
Aufbaues eingreift, nicht beginnt, bevor die Nationalversammlung
zusammengetreten ist. Zum ersten Male werden auch die
Frauen berufen sein, zu wählen. Infolge vollster Ueberein-
stimmung mit den Frauen ist das Zentrum bisher nie für das
Wahlrecht der Frauen eingetreten. Aber wir beugen uns nicht nur
den Geschehnissen, sondern erkennen auch an, daß die lange Dauer
des Krieges, wie so vieles andere, auch die Stellung der Frauen
wesentlich geändert hat. Die bisherigen politischen Parteien re-
vidieren bereits ihre Verfassung, und neue Parteien sind in
der Bildung begriffen. Demgegenüber heißt es für uns im allge-
meinen: Faltet die Hände nicht vor schnellem Handeln, vor allem aber unnötige Zerstückelung vermeiden. Die So-
zialdemokratie steht bis auf eine kleine Gruppe einig zusammen.
Deshalb müssen auch die nicht sozialistischen Kreise unseres Vater-
landes nach Möglichkeit einig zusammenstehen, um nicht noch
weiter über den Haufen getannt zu werden. Im besonderen ist zu
sagen: Auch das Zentrum, welches sich unter den Schlä-
gen des Kulturkampfes als die politische Vertretung der preussischen
und dann der deutschen Katholiken gebildet hat, ohne Andersgläu-
bige als Genossenschaftsgenossen auszuscheiden, wird von den letzten Er-
eignissen nicht unberührt bleiben. Seine Gestalt und Verfassung wird
der neuen Zeit anzupassen sein. Sobald die
Verhältnisse es irgend zulassen, werden die führenden Männer des
Zentrums in Berlin zusammentreten und Endgültiges beschließen.
Ein neuer Kulturkampf wird uns wieder ange-
droht, und schon darum müssen wir der alten Frontansicht treu
bleiben. Die heutige Versammlung will dem Welt für unser Va-